

## **TOBIN FÜR EUROPA – Warum wir eine Kapitalverkehrssteuer brauchen**

**Text im Rahmen des Diskussionsprojektes „Weitsichtig Wirtschaften“; publiziert auf [www.weitsichtig-wirtschaften.woergl.at](http://www.weitsichtig-wirtschaften.woergl.at) sowie in ZEIT ONLINE am 28.Nov.2007**

Die aktuellen Probleme im Gefolge der amerikanischen Subprime-Krise zeigen die Dringlichkeit neuer Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte auf. Der Bogen reicht von strengeren Veranlagungsregeln bei synthetischen Wertpapieren über eine deutlich erhöhte Transparenz von Hedge-Fonds bis zur Schaffung unabhängiger, auf non-profit-Basis arbeitender Rating-Agenturen. All diese Themen waren bis vor kurzem noch tabuisiert – unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse werden sie von den Notenbanken und Finanzmarktaufsichten nun sehr offensiv diskutiert.

Aber nicht von diesen unmittelbar anstehenden systemischen Großreparaturen soll hier die Rede sein. Ich will den bisher stark auf das Zinsenthema fokussierten Wörgler Diskurs um einen konkreten finanzmarktpolitischen Ansatz ergänzen, der zwar kein Allheilmittel zum Auskurieren von Systemkrisen ist, bei ernsthafter Verfolgung aber doch einen vernünftigen sozial-marktwirtschaftlichen Reformbeitrag liefern kann: Die Bagatell-Besteuerung von Devisentransaktionen oder – weitergehend – von Kapitaltransfers („Tobin-Tax light“).

Die Besteuerung des Kapitalverkehrs hat eine lange Tradition. Deshalb gab es in Vor-Euro-Zeiten in zahlreichen Ländern Kapitalverkehrssteuern in unterschiedlicher Ausprägung. Mit der zunehmenden Liberalisierung des Kapitalverkehrs wurden sie zweckmässigerweise auf nationaler Ebene schrittweise aufgegeben. Es erscheint mir sinnvoll, sie auf supranationaler Ebene wieder neu einzurichten, um damit supranationale (europäische, globale) öffentliche Güter zu finanzieren. Ob die Mittelverwendung ins EU-Budget geht oder, wie oft diskutiert, in die Finanzierung der Millenniumsziele zur Armutsbekämpfung, wäre letztlich eine politische Entscheidung.

Konkret geht es um einen Satz von 0,01 Prozent (in der Finanzsprache: ein Basispunkt) von jeder Devisentransaktion. Angewendet auf die gesamte Euro-Zone ergäbe sich daraus ein Jahresaufkommen von grob geschätzt 15 Mrd. Euro, was 2006 etwa 13 Prozent des EU-Budgets entsprochen hätte. Für eine Ausweitung der Besteuerungsgrundlage auf alle Kapitaltransfers liegen noch keine konkreten Berechnungen vor, der erzielte Wert müsste jedenfalls deutlich darüber liegen.

Da die EU nur mehr wenige Quellen der Eigenfinanzierung hat – frühere innereuropäische Zollabgaben sind ja weitgehend entfallen – würde eine solche „Europasteuer auf Kapitaltransfers“ die Eigenständigkeit des europäischen Haushaltes stützen und mehr Unabhängigkeit gegenüber den Mitgliedsstaaten bringen. Letztlich würden damit auch Steuern auf Arbeit und Konsum substituiert, aus denen andernfalls auf nationaler Ebene die EU-Beiträge aufgebracht werden müssen.

Dieser pragmatische Vorschlag liegt im wesentlichen den parlamentarischen Entschliessungen Frankreichs und Belgiens zur Einführung einer solchen Steuer zugrunde. Das österreichische Parlament hat sich in einer von allen Parteien getragenen EntschlieÙung ebenfalls dazu entschieden, der Bundesregierung dieses Konzept zur Durchsetzung in der Europäischen Union zu empfehlen – natürlich unter dem Vorbehalt, dass sich auch alle anderen europäischen Länder einem solchen Schritt anschließen müssten.

Ich war gemeinsam mit einem belgischen Finanzwissenschaftler einer jener zwei von insgesamt vier Experten beim Hearing im zuständigen Finanzausschuss des Parlaments, die als Befürworter einer solchen Form der Devisentransaktionsbesteuerung auftraten. Wenig überraschend machte ich dabei die Erfahrung, dass es sich um ein ideologisch ungemein aufgeladenes Thema handelt.

Auch die mediale Diskussion des Themas zeigt: die Gegner einer solchen Steuer beschwören den Untergang der Finanzmärkte – der jedoch, wie wir spätestens seit der im heurigen Sommer ausgebrochenen Subprime-Krise wissen, aus ganz anderen Gefahrenquellen drohen kann. Und die Befürworter überfrachten das Steuerziel oft mit überzogenen Hoffnungen auf Eindämmung spekulativer Finanzmarktbebewegungen.

Und weil feststeht, dass die Einführung nur im übernationalen Konsens funktionieren würde, wird der Entwurf einer solchen Finanzmarktsteuer gerne als utopisch bezeichnet. So utopisch wie der Entwurf einer europäischen Einheitswährung zum Zeitpunkt der EU-Gründung vor 50 Jahren?

Eine seriöse Diskussion über die Besteuerung von Kapitaltransfers scheint mir schon deshalb wichtig, weil wir wieder lernen müssen, ordnungspolitische Diskussionen mit längeren Horizonten zu führen. Auch wenn manche „Marktfundamentalisten“ (George Soros) der Politik ihre Kernaufgabe absprechen wollen, die Rahmenbedingungen einer verantworteten Marktwirtschaft zu bestimmen: auf das Politikversagen des Marktes wollen wir uns doch nicht ganz verlassen!